KANTON LUZERN

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 17. September 2018
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

A 568 Anfrage Stutz Hans und Mit. über die vom Datenschutzbeauftragten eingereichte Kündigung / Staatskanzlei

Hans Stutz ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Hans Stutz: Die Situation bleibt unerfreulich. Der Datenschutzbeauftragte hat kurzfristig gekündigt, kurz vor Ende des Budgetprozesses für das Jahr 2019. Die Erklärung findet sich auf Seite 79 des AFP 2019, dort muss man lesen: „Auf die vorgesehene Aufstockung beim Datenschutzbeauftragten (DSB) um 100 Stellenprozente wird für die Dauer des KP17 verzichtet. Die Aufstockung der Ressourcen des DSB ist aber ab dem Jahr 2020 eingeplant." Aber auch eine solche Aufstockung würde nicht ausreichen, um die gesetzlichen Aufgaben angesichts der aktuellen Geschäftslast zu erfüllen. Im Klartext heisst das: Der gesetzlich nicht abgestützte Zustand wird also weiter bestehen, ebenso der seit vielen Jahren bestehende Mangel. Zur Erinnerung: Seit 2015 ist eine Aufstockung mehrmals angekündigt, dann jedoch nicht umgesetzt worden. Dafür trägt nicht nur der Regierungsrat die Verantwortung, sondern auch die drei bürgerlichen Fraktionen in diesem Rat. Der Regierungsrat hat in seiner Antwort, datiert vom 18. Juni 2018, aufgeführt, was geplant ist, konkret, dass die Stelle vom 1. bis 31. Juli ausgeschrieben werde. In der Zwischenzeit haben wir bald Mitte September; meines Wissens haben Bewerbungsgespräche stattgefunden, und der Regierungsrat hätte bereits auswählen können, von einer regierungsrätlichen Wahl ist jedoch bis anhin nichts öffentlich geworden. Wie auch immer der Stand der Dinge ist, es wird noch einige Zeit gehen, bis eine neue Datenschutzbeauftragte oder ein neuer Datenschutzbeauftragter die Arbeit aufnehmen kann. Der bisherige Datenschutzbeauftragte hat sich jedoch nur bereit erklärt, bis Ende September in einem reduzierten Umfang die Arbeit weiterzuführen. Daher habe ich zwei Fragen an den Regierungsrat: Erstens: Hat die Regierung bereits eine neue Datenschutzbeauftragte oder einen neuen Datenschutzbeauftragten gewählt? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, wann wird die Wahl der oder des neue Beauftragten von unserem Rat genehmigt werden können, und wann wird sie oder er die Arbeit aufnehmen? Zweitens: Wie gewährleistet die Regierung ab dem 1. Oktober bis Stellenantritt die Erfüllung der Aufgaben, die der oder dem Datenschutzbeauftragten übertragen sind?

Sara Agner: Die Kündigung des Datenschutzbeauftragten ist ein Symptom für den Stellenwert, den der Datenschutz in unserem Kanton geniesst. Wenn es um Vorschläge geht, mit der Digitalisierung die Effizienz zu steigern und Kosten zu sparen, stürzen sich alle auf die Chancen der Digitalisierung. Die SP hat solche Massnahmen ebenfalls unterstützt, sofern keine Qualitätseinbussen für die Bevölkerung und das Personal damit verbunden sind. Es ist aber gefährlich, nur die Chancen zu sehen. Die Anträge für die Aufstockung des Datenschutzes sind von der bürgerlichen Seite alljährlich abgelehnt worden. Die Antworten zur Vernehmlassung zum kantonalen Datenschutz zeigen, dass auf der bürgerlichen Seite

bei den Risiken der Digitalisierung weggeschaut wird. Politik für die Zukunft zu machen, heisst nicht warten, bis etwas passiert. Die Antwort des Regierungsrates zeigt, dass zu viele gesetzliche Aufgaben nicht mehr wahrgenommen werden können und die Liste für die Jahre 2016/2017 länger geworden ist. Der Datenschutz braucht unbedingt den nötigen Stellenwert und somit die entsprechenden finanziellen Mittel. Die Antworten der Regierung sind meiner Meinung nach sehr trocken und unaufgeregt. Mich würde interessieren, wie der Regierungsrat dazu steht, dass die Aufstockung ab 2020 gemäss der Vernehmlassungsantworten auf sehr wackligen Beinen steht. Was ist geplant? Immerhin geht es um gesetzliche Aufgaben, die der Kanton zurzeit nicht wahrnimmt.

Markus Hess: Der Datenschutz im Kanton Luzern bedarf dringend einer Aufstockung, dafür setzt sich die GLP-Fraktion ein. Seit im Januar 2018 das neue Polizeigesetz in Kraft getreten ist, kann die Polizei beispielsweise ein verdecktes Suchen nach Gefährdern im Internet durchführen. Auch das Bewilligungsverfahren für die Durchführung von Hausdurchsuchungen wurde vereinfacht. Das Thema Drohnen nimmt immer mehr an Bedeutung zu. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Gemeinde Horw, wo der Datenschutzbeauftragte einen Erfolg erzielt hat. Das Potenzial von Belästigungen, Bedrohungen und Betrug im Internet nimmt zu. Der kantonale Datenschutzbeauftragte muss entsprechend reagieren können, was zurzeit nicht der Fall ist.

Patrick Schmid: Nach Meinung der SVP-Fraktion sind die Antworten der Regierung sachlich und gut dargelegt.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Die Regierung nimmt den Datenschutz sehr ernst, insbesondere wenn es um die Digitalisierung geht. Wir gehen davon aus, dass der Datenschutz bereits in den einzelnen Abteilungen, Dienststellen und Departementen beginnt. Nun haben wir die unschöne Situation mit der Kündigung des Datenschutzbeauftragten. Die Kündigungsfrist von drei Monaten ist zu kurz, um einen lückenlosen Übergang garantieren zu können. Deshalb stehen wir unter Zeitdruck. Der Rekrutierungsprozess ist im Gang. Wir haben aus verschiedenen Gründen, auf die ich im Einzelnen nicht eingehen kann, bis heute keinen neuen Datenschutzbeauftragten wählen können. Reto Fanger hat zugesagt, den Übergang bis Ende September sicherzustellen. Wir sind mit ihm im Gespräch, ob er diese Frist verlängern kann. Andernfalls suchen wir nach einer anderen Übergangslösung. Wir haben doppelt so viele Bewerbungen erhalten wie vor sieben Jahren. Es liegt also nicht daran, dass es sich um ein uninteressantes Mandat handelt, aber es braucht genügend Zeit, um die richtige Person zu finden. Zur Frage von Sara Agner: Die Vernehmlassung hat sich lediglich auf die Kostenbeteiligung der Gemeinden für den Datenschutz bezogen. Wir haben im AFP 2019–2022 eine zusätzliche Vollzeitstelle eingestellt, denn wir wollen keine Datenschutzaffäre und sind uns der Verantwortung durchaus bewusst. Wir setzen alles daran, um einen ausreichenden Datenschutz sicherzustellen.